

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0504/2013
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW	12.11.2013	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Mitteilungen des Bürgermeisters - öffentlicher Teil -

Inhalt der Mitteilung

Die Anregung eines Petenten vom 22.06.2013, seine online-Petition (auf Länder- und Bundesebene) „Energiewende ohne Fracking“ im Sinne einer Eingabe gemäß § 24 GO NRW im Rahmen der nächsten Ratssitzung zu behandeln, wurde entsprechend der Geschäftsordnung ohne Einbindung des Ausschusses zurückgewiesen.

Auch die Beschwerde eines Petenten vom 30.09.2013, die sich auf die Arbeit des Schiedsmannes bezieht, wurde wegen sachlicher Unzuständigkeit der Stadt zurückgewiesen. Als Anlage waren seinem Schreiben beigelegt: Kopien von seinen Anschreiben ab dem Jahr 2008 an das Schiedsamt, von Protokollen des Schlichtungsverfahrens, aus dem Jahr 2009 an den Amtsgerichtsdirektor (dort wurde auch Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt), ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft Köln aus 2008 und auch an die Generalstaatsanwaltschaft Köln, von Dezember 2011 an den Petitionsausschuss von NRW, von Juni 2012 an das Justizministerium des Landes NRW, und von Februar 2013 an den Generalstaatsanwalt mit einer Beschwerde darüber, dass das von ihm angestrebte Strafverfahren gegen den Schiedsmann eingestellt worden ist. Alle Aktivitäten waren vermutlich nicht erfolgreich (die Rückmeldungen der verschiedenen Institutionen waren nicht beigelegt). Die Angelegenheit kann aber nicht Gegenstand einer Beschwerde nach § 24 GO sein.

Die beiden Schreiben sowie die entsprechenden Antworten an die Petenten sind zur Kenntnisnahme beigelegt.

Die Anregung, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Mühlenstraße/Plesser Straße wurde inzwischen von den Petenten zurückgezogen, da die Situation durch den Rückschnitt einer Mauerbegrünung sowie die Beseitigung einer Hecke bereits verbessert wurde.

Die beiden anderen in der letzten Sitzung vom Vorsitzenden erwähnten Anregungen stehen

nun auf der Tagesordnung.